



Aktivisten beim globalen Klimastreik im September 2022 in Heilbronn.
Fotos: Ralf Seidel

„Wir haben eine Tür aufgestoßen“

INTERVIEW *Globaler Klimastreik: Lars Basilowski und Stefan Diggelmann von Heilbronn for Future über Erreichtes und Ziele*

Von unserer Redakteurin
Linda Möllers

An einem Freitag im August 2018 verpasste die damals 16 Jahre alte Greta Thunberg den Schulunterricht, um vor dem schwedischen Parlament für mehr Klimaschutz zu demonstrieren. Es war der Beginn der weltweiten Bewegung Fridays for Future. In der Region entstand unter anderem das Klimaschutzbündnis Heilbronn for Future. Zum heutigen globalen Klimastreik unter dem Motto „End Fossil Fuels“ ruft es ab 16 Uhr auf dem Kiliansplatz zu Kundgebungen und einer Fahrraddemo auf. Lars Basilowski von Fridays for Future und Stefan Diggelmann von Parents for Future sprechen darüber, was die Bewegung in den vergangenen fünf Jahren erreicht hat – und was sich noch ändern muss.

Was hat Fridays for Future aus Ihrer Sicht in den vergangenen fünf Jahren bewirkt?

Lars Basilowski: Fridays for Future hat es unter anderem geschafft, dass der Klimaschutz viel mehr in der Öffentlichkeit besprochen wird. Die Politik hat das lange heruntergespielt. Wir haben eine Tür aufgestoßen – und wir haben den Fuß so weit darin, dass das Thema weiter behandelt wird. Jede politische Partei, ob sie den Klimawandel leugnet oder nicht, muss sich mit der Thematik auseinandersetzen.

Stefan Diggelmann: Als Lehrer habe ich die Schulstreiks erst kritisch gesehen, habe meine Meinung dann aber geändert. Es ist richtig und sinnvoll, während der Schulzeit zu streiken, und nicht dann, wenn man niemandem auf die Füße tritt. Sonst ist die Aufmerksamkeit nicht da. Diese Aufmerksamkeit hat die Bewegung erreicht.

Es gab Kritik, dass sich Schüler den Streiks nur anschlossen, um den Unterricht zu schwänzen.

Diggelmann: So groß die Bewegung 2019 auch geworden ist: Es war nicht so, dass Millionen von Kindern nicht in der Schule waren. Es gab Ausnahmen. Ein paar sind zu den Streiks gegangen, und das waren in der Regel auch die, die den Stoff fleißig nachgeholt haben.

Reichen die Protestzüge aus, oder braucht es mehr

Zu den Personen

„Man muss laut werden“, begründet **Stefan Diggelmann**, warum er dem Bündnis Heilbronn for Future Anfang 2023 beigetreten ist. Über seine Kinder kam der Ilfelder, der an einem Gymnasium Deutsch und Sport unterrichtet, zur Bewegung. **Lars Basilowski** kam 2022 von seinem Heimatort Messel bei Darmstadt nach Heilbronn, studiert Umwelt- und Prozessingenieurwesen. Seit seiner Schulzeit engagiert er sich als Klimaaktivist. „Es gehört zu meinem Demokratieverständnis, dass man sich politisch engagiert“, sagt der 21-Jährige, der unter anderem an der von Fridays for Future organisierten Protestradfahrt „Ohne Kerosin nach Berlin“ teilgenommen hat. *lim*

Im Gespräch über die Ziele des Klimaschutzes:
Lars Basilowski (links) und Stefan Diggelmann.



Aktionen à la Letzte Generation?

Basilowski: Das Grundziel der Letzten Generation und von Fridays for Future ist eigentlich das gleiche. Natürlich kann man zivilen Ungehorsam als Protestform kritisch sehen, aber die Bewegung zu einer terroristischen Vereinigung zu ernennen, finde ich problematisch. Was meiner Meinung nach eigentlich hinterfragt werden sollte: Warum die Aktionen der Letzten Generation, sich auf Straßen festzukleben, überhaupt funktionieren. Weil es bei uns normal ist, dass es in den Innenstädten so viel motorisierten Individualverkehr gibt. Da fühlen sich Menschen auf die Füße getreten, weil sich etwas etabliert hat, obwohl es eigentlich nicht gut ist.

Eine Forderung beim globalen Klimastreik ist, aus den fossilen Brennstoffen auszusteigen. Was halten Sie davon, dass das Heilbronner Kohlekraftwerk zu einem Gaskraftwerk umgebaut werden soll?

Diggelmann: Wir sehen das sehr kritisch. Wir haben die Sorge, dass der Umbau nur als Vorwand genutzt wird, um einen fossilen Energieträger durch einen anderen zu ersetzen. Und dass wir hier irgendwann ein Gaskraftwerk haben, aber keine Pipelines und nicht genug Wasserstoff. Aus unserer Sicht wäre es ein wichtiger Schritt, in erneuerbare Energien zu investieren und so viele Windräder wie möglich zu bauen, um vom Gas wegzukommen.

Basilowski: Auch bundesweit gesehen bemängelt Fridays for Future, dass viel Geld in fossile Infrastruktur fließt, dass beispielsweise mit den LNG-Terminals riesige Kapazitäten für den Import von Flüssiggas geschaffen werden, statt erneuerbare Energien zu fördern. Das passt nicht zu den Mengen, die wir brauchen – gerade, wenn wir in einigen Jahren von den fossilen Brennstoffen weg wollen.

Wie muss sich die Bewegung künftig aufstellen?

Basilowski: Nachdem die Corona-Pandemie vieles hat einschlafen lassen, versucht die Organisation, neue Kraft zu schöpfen. In unserem Fokus

steht vor allem das Klimaschutzgesetz. Die Ampelkoalition möchte einige Ziele in den Sektoren aufweichen, teilweise sogar abschaffen. Wer sich mit effektivem Klimaschutz beschäftigt, sieht das kritisch. Für Sektoren, die ihre Ziele der letzten Jahre komplett verfehlt haben, wird es keine Anreize mehr geben, längerfristige Änderungen vorzunehmen. Nehmen wir den Verkehrssektor: Dort wurden die CO₂-Emissionen kaum gesenkt, allenfalls während der Coronapandemie. Aber sonst werden kaum Maßnahmen ergriffen, um etwas zu verändern. Natürlich lässt sich kein Schalter umlegen, um bei der Mobilität so große Mengen an CO₂ einzusparen, wie wir es eigentlich müssten, wenn wir bis 2045 klimaneutral sein wollen. Das geht nicht von einem auf den anderen Tag, das sind strukturelle Probleme. Trotzdem ist es absurd, dass Kerosin nicht besteuert, dass das Verkehrsmittel Auto stark gefördert wird und die Mittel für den Radverkehr gekürzt werden. Deshalb ist es wichtig, dass die Bewegung weitermacht.

Diggelmann: Wir brauchen die Demos, um die Aufmerksamkeit für den Klimaschutz hochzuhalten. Und wir müssen an die Entscheider ran. Sonst beeinflusst die Erdöl- oder Erdgas-Lobby weiter die Öffentlichkeit.

Brauchen wir eine Klima-Lobby?

Basilowski: Wir brauchen eine Politik, die der Allgemeinheit zugute kommt. Natürlich ist die Gas-Lobby sehr stark und handelt aus Profitinteresse. Fridays for Future geht dagegen im Interesse der Menschen und der nachfolgenden Generationen auf die Straße. Meine Kinder oder Enkel werden den Klimawandel noch extremer erleben. Das Bundesverfassungsgericht hat deshalb zu Recht gesagt, dass die Bundesregierung den Auftrag hat, die Lebensgrundlagen in Deutschland zu schützen. Dem wird sie mit der aktuellen Politik nicht gerecht. Wir befürchten auch, dass die Politik zunehmend den Klimaschutz gegen alltägliche Bedürfnisse ausspielt. Eine CO₂-Bepreisung kann nur funktionieren, wenn das Klimageld kommt. Sonst wächst der Unmut in der Bevölkerung, dass für grundlegende Dinge mehr Geld ausgegeben werden muss. Klimaschutz darf nicht zulasten derer gehen, die finanziell schwächer aufgestellt sind.